

Judith Niehues*

Soziale Ungleichheit in Deutschland – Wahrnehmung und Wirklichkeit

Die Mehrheit der Deutschen empfindet die Verteilungsverhältnisse als eher ungerecht und wünscht sich einen stärkeren sozialen Ausgleich. Umfragen deuten allerdings darauf hin, dass das Ausmaß gesellschaftlicher Ungleichheit in Deutschland tendenziell überschätzt wird: Die Mehrheit der Bundesbürger sieht die Gesellschaft als eine Pyramide, mit den meisten Menschen im unteren Bereich. Schichtanalysen identifizieren hingegen eindeutig die Mittelschicht als größte Bevölkerungsgruppe. Auch bei subjektiver Selbsteinordnung stufen sich die meisten Bundesbürger in die Mitte ein, viele mittlerweile auch in höhere Schichten. Nimmt man den abstrakten Wunsch nach Umverteilung genauer in den Blick, sind es dann auch eher diese Gruppen als die unteren Schichten, die von einer Umsetzung der konkreten Umverteilungspräferenzen der Bevölkerung profitieren würden.

Der Themenkomplex Ungleichheit bewegt die Deutschen. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos im Frühjahr 2017 kommt bspw. zu dem Ergebnis, dass 43 % der Deutschen „Armut und soziale Ungleichheit“ an erster Stelle ihrer größten Sorgen im eigenen Land nennen.¹ Auch andere Befragungsdaten deuten robust darauf hin, dass die Mehrheit der Deutschen die Verteilungsverhältnisse für „eher ungerecht“ hält und die Einkommensunterschiede für „zu groß“. In einer Umfrage zur Zukunft des Wohlfahrtsstaates der Friedrich-Ebert-Stiftung sind zum Beispiel 82 % der wahlberechtigten Bevölkerung der Meinung, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland mittlerweile zu hoch ist (Heinrich et al. 2016). Gleichzeitig herrscht die mehrheitliche Auffassung, dass sich die Verteilungsindikatoren zunehmend ungünstig entwickeln. Eine Repräsentativuntersuchung im Auftrag des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung zur sozialen Ungleichheit in Deutschland im Frühling 2017 legt nahe, dass 62 % der Meinung sind, die Einkommensunterschiede haben in den letzten Jahren eher zugenommen.

KRITISCHE BEURTEILUNG DER EINKOMMENS-UNTERSCHIEDE

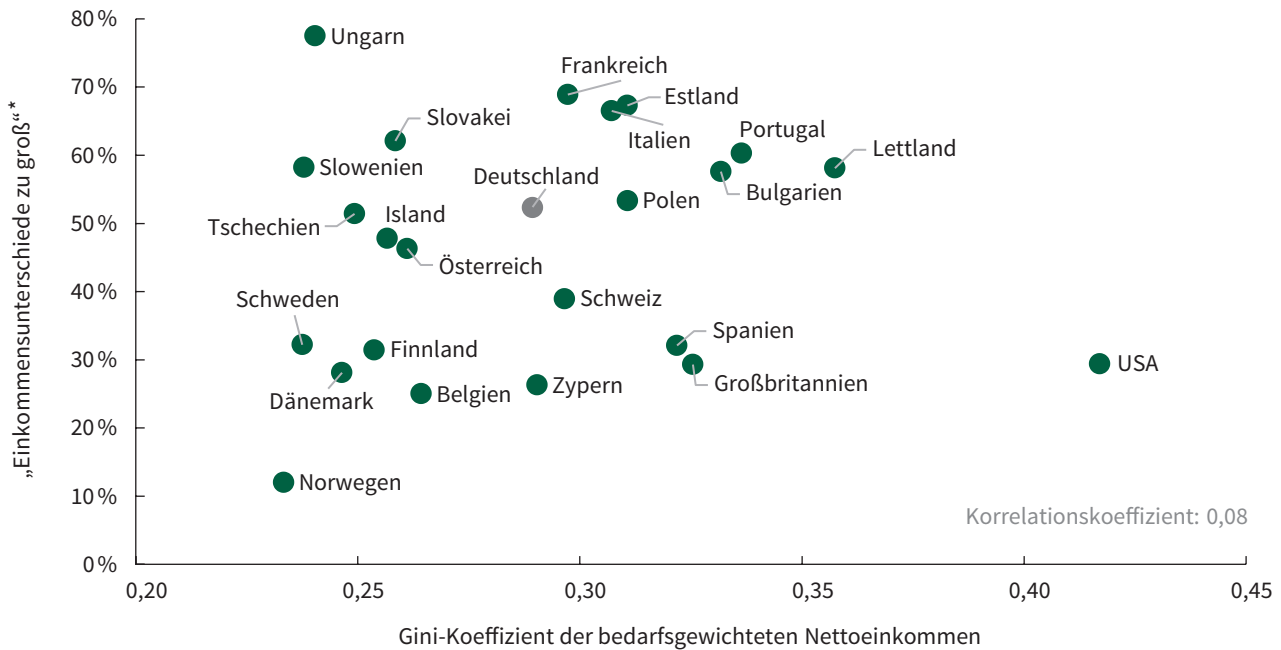
Mit der eher kritischen Einschätzung der Verteilungsverhältnisse steht Deutschland im Vergleich europäischer Länder allerdings keineswegs allein da.² International lassen sich subjektive Gerechtigkeitseinschätzungen mit dem Modul zur sozialen Ungleichheit des International Social Survey Programme (ISSP) untersuchen, welches etwa in einem zehnjährigen Turnus erhoben wird. Das ISSP ist eine repräsentative internationale Umfrage zu sozialwissenschaftlich relevanten Fragestellungen.³ Zuletzt wurde das internationale Modul zur sozialen Ungleichheit 2009 erhoben; aufgrund der einzigartigen Fragen werden die Daten aber auch heute noch vielfach zur Auswertung subjektiver Ungleichheitseinschätzungen herangezogen (u. a. Gimpelson und Treisman 2017 sowie Hauser und Norten 2017).

Eine der Fragen im ISSP ermittelt bspw., ob die Einkommensunterschiede im Land als zu groß empfunden würden. In Einheit mit der eingangs zitierten kritischen Beurteilung der sozialen Unterschiede stimmten in Deutschland 52,4 % der Aussage „voll und ganz“ zu, dass die Einkommensunterschiede im Land zu groß seien, weitere 37,2 % stimmten der Aussage zumindest grundsätzlich zu. Noch deutlich kritischer fällt das Urteil in vielen osteuropäischen Staaten aus. In Ungarn sind bspw. 77,5 % der Befragten „voll und ganz“ der Auffassung, dass es zu große Einkommensunterschiede im Land gäbe. Das andere Extrem des Spektrums bildet Norwegen, wo nur 12 % die Einkommensdifferenzen sehr kritisch sehen. Auch in den USA fällt das Urteil im Vergleich zu vielen europäischen Staaten eher moderat aus: Knapp 30 % der US-Amerikaner stimmten der obigen Aussage „voll und ganz“ zu.

Angesichts der im Vergleich zu den europäischen Wohlfahrtsstaaten sehr hohen tatsächlichen Einkommensungleichheit in den USA ist das wenig kritische Bild auf die Einkommensdifferenzen überraschend. Auf der anderen Seite passt die von Eurostat regelmäßig ausgewiesene sehr niedrige Einkommensungleichheit in Ungarn keineswegs zu der überaus kritischen Einschätzung der Osteuropäer. Auch wenn man weitere Länder betrachtet, besteht nahezu kein Zusammenhang zwischen der tatsächlichen Einkommensverteilung und ihrer Bewertung durch die Bevölkerung. Der Korrelationskoeffizient zwischen dem Gini-Koeffizienten der Nettoeinkommen und dem Anteil der Befragten, die „voll und ganz“ zustimmen, dass die Einkommensunterschiede im jeweiligen Land zu groß seien, beträgt unter den europäischen Ländern lediglich 0,26 (Niehues 2014). Wenn man die USA hinzunimmt, fällt der Zusammenhang mit 0,08 noch geringer aus (vgl. Abb. 1). Der Zusammenhang wird auch dann nicht statistisch signifikant, wenn man anstatt der Nettoeinkommen die Einkommen vor Abgaben und Transfers betrachtete. Für die

* Dr. Judith Niehues ist Leiterin der Forschungsgruppe Mikrodaten und Methodenentwicklung am Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln.

Abb. 1
Einkommensunterschiede und deren Beurteilung (2009)



*Zustimmung voll und ganz, dass die Einkommensunterschiede im Land zu groß seien (in %).

Quelle: Niehues (2014) auf Basis des EU-SILC, ISSP und PSID.

Erklärung der Bewertung von Einkommensunterschieden im internationalen Vergleich spielt die tatsächliche Einkommensverteilung somit keine Rolle.

WAHRNEHMUNG GESELLSCHAFTLICHER UNGLEICHHEIT

Neben der Möglichkeit, dass ein vergleichbares Niveau an Ungleichheit in verschiedenen Ländern unterschiedlich problematisch eingeschätzt wird, könnte eine Erklärung in einer unterschiedlichen Wahrnehmung des Ungleichheitsaus-

maßes liegen. Zur Messung der wahrgenommenen Ungleichheit gibt es in der wissenschaftlichen Literatur unterschiedliche Konzepte (Schalembier 2015).⁴ Der vorliegende Beitrag greift auf die wahrgenommene Gesellschaftsform zurück, die ebenfalls im ISSP, 2009 abgefragt wird. Hierfür werden den Befragten fünf Diagramme mit idealtypischen Gesellschaftsformen im Hinblick auf die Bevölkerungsanteile in sieben gesellschaftlichen Schichten und entsprechenden Beschreibungen vorgelegt (vgl. Tab. 1). Die Befragten sollen dann angeben, welche Gesellschaftsform der Situation in ihrem Land am ehesten entspricht.

Tab. 1
Subjektiv wahrgenommene Gesellschaftsformen

Zustimmung* im Jahr 2009 (in %)

	Typ A	Typ B	Typ C	Typ D	Typ E
Deutschland	18,8	35,4	23,0	18,6	4,2
Frankreich	17,4	26,5	31,0	22,6	2,5
Norwegen	2,1	10,8	23,6	56,4	7,1
Ungarn	56,6	32,3	6,0	3,7	1,4
USA	17,1	38,9	15,0	26,0	2,9

*Frage 14a (ISSP, 2009): Die folgenden Diagramme stellen verschiedene Gesellschaftsformen dar. Bitte sehen Sie sich zuerst alle fünf Diagramme und die dazugehörigen Beschreibungen an. Entscheiden Sie dann, welches Diagramm Ihrer Meinung nach der Gesellschaftsform in Ihrem Land heute am nächsten kommt.

Quelle: Ausgewählte Länder aus dem ISSP.

Typ A stellt eine sehr polarisierte Gesellschaft mit relativ hohen Bevölkerungsanteilen in der obersten und untersten Gesellschaftsschicht dar, mit einem starken Übergewicht in der untersten Gesellschaftsschicht. Typ B zeigt die Form einer pyramidenförmigen Gesellschaft; hier nehmen die Bevölkerungsanteile in den Gesellschaftsschichten mit der Höhe der Gesellschaftsschicht ab. Bei den Typen C bis E wandert die Gesellschaftsschicht mit den größten Bevölkerungsanteilen schrittweise nach oben, bei Typ E zeigt sich nahezu die Form einer umgedrehten Pyramide. Ordnet man den einzelnen Gesellschaftsformen Ungleichheitsniveaus zu, so stellt Typ D die Gesellschaftsform mit der geringsten Ungleichheit dar. Typ A ist die Gesellschaftsform mit der größten Ungleichheit. In Vergleich zu Typ E symbolisiert Typ D einen etwas geringeren durchschnittlichen Lebensstandard und zugleich ein geringeres Ungleichheitsniveau als Typ E (Niehues 2016 und Thomas et al. 2018).

Eine deskriptive Auswertung dieser ISSP-Frage ergibt, dass 54,2% der Deutschen ihre Gesellschaft am ehesten in der Form des Typ A oder B wahrnehmen. Demnach wird der Großteil der Bevölkerung in der unteren Gesellschaftsschicht verortet (vgl. Tab. 1). Dies widerspricht der tatsächlichen Gesellschaftsform oder (Einkommens-)Verteilung deutlich: Trotz unterschiedlicher Abgrenzungen der Schichten, bspw. nach Einkommen, Bildungsstand etc., kommen Untersuchungen immer wieder zu dem Ergebnis, dass die meisten Menschen in Deutschland in der (Einkommens-)Mittelschicht leben. Deutlich weniger Menschen leben im unteren Einkommensbereich und am oberen Ende gibt es eine langgestreckte Spitze des Reichtums. Mit dieser für etablierte Wohlfahrtsstaaten typischen zwiebelartigen Einkommensstruktur unterscheidet sich die aktuelle Verteilung „grundsätzlich von der anderer Gesellschaftstypen, insbesondere von der pyramidenförmigen Verteilungsstruktur früherer Epochen“ (Burkhardt et al. 2013, S. 17). Das Ausmaß der Ungleichheit in der deutschen Gesellschaft wird von der deutschen Bevölkerung also wesentlich pessimistischer eingeschätzt, als es Schichtanalysen nahelegen.

Auch in anderen europäischen Ländern vermuten viele Befragte mehr Menschen in den unteren Gesellschaftsschichten, als es der tatsächlichen Einkommensverteilung entspricht. In Ungarn vermuten zum Beispiel 56,6%, dass „die Masse der Bevölkerung“ im unteren Bereich der Gesellschaft lebe (Typ A), obwohl sich Ungarn durch eine im europäischen Vergleich sehr geringe Einkommensungleichheit und Armutsgefährdungsquote auszeichnet.

Die Vorstellung einer pyramidenförmigen Gesellschaft dominiert aber mitnichten in allen Ländern. In Skandinavien sind die Einkommen sehr gleichmäßig verteilt, die Einkommensmittelschicht ist deshalb sehr groß und dessen sind sich die Bewohner durchaus bewusst: Hier überwiegt bei den Befragten im ISSP die Auswahl des Typ D und somit der „idealtypischen Mittelschichtgesellschaft“. Interessant sind auch die Ergebnisse der ISSP-Befragung für die Vereinigten Staaten: Obwohl die tatsächliche Einkommensverteilung in den USA deutlich polarisierter ausfällt als in allen betrachteten europäischen Staaten (Fischer und Niehues 2016), sehen die US-Amerikaner ihre Gesellschaft erstaunlicherweise ähnlich wie die Deutschen. Tatsächlich glauben noch mehr US-Bürger als bspw. Deutsche oder Franzosen, dass sie in einer idealtypischen Mittelschichtgesellschaft (Typ D) leben.

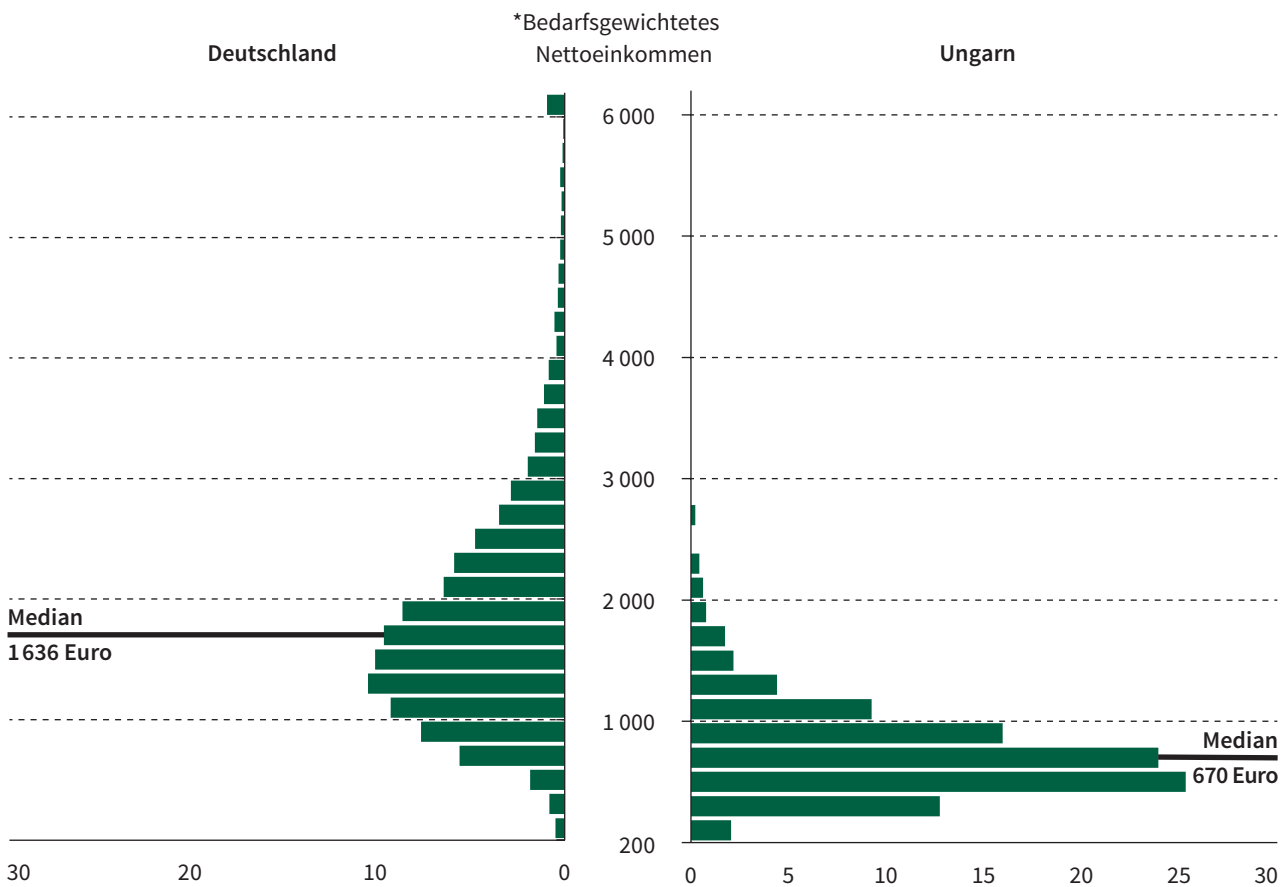
Ermittelt man aus den Antworten zu den Ungleichheitswahrnehmungen ein Ungleichheitsmaß, dann ergibt sich eine hochsignifikante Korrelation mit der kritischen Bewertung der Einkommensunterschiede (Korrelationskoeffizient in Höhe von 0,81). Es gibt somit einen sehr starken Zusammenhang zwischen der kritischen Beurteilung der Einkommensunterschiede und der Antwort zur wahrgenommenen Ungleichheit in der Gesellschaft – allerdings keinen Zusammenhang zur Höhe der tatsächlichen (relativen) Einkommensungleichheit innerhalb eines Landes. Die Häufigkeitsverteilung der Einkommen Deutschlands bekräftigt ebenfalls, dass die Feststellung der Mittelschicht als größte Bevölkerungsgruppe unabhängig von der Abgrenzung der einzelnen Schichten ist, sondern sich daraus ergibt, dass die meisten Bundesbürger über ein Einkommen in der Nähe des Medianeinkommens verfügen (vgl. Abb. 2). Im internationalen Vergleich könnten Unterschiede in den Lebensstandards eine mögliche Erklärung für die unterschiedliche Ungleichheitswahrnehmung bieten. So liegen zwar die relative Armutsgefährdung und Ungleichheit in Ungarn niedriger als in Deutschland. Relativ zum kaufkraftbereinigten EU-weiten Medianeinkommen würden hingegen rund 60% der ungarischen Bevölkerung als armutsgefährdet gelten. Gemessen am durchschnittlichen europäischen Lebensstandard ähnelt die Verteilung der Einkommen somit deutlich eher der Wahrnehmung der ungarischen Bevölkerung. Auch eine Regressionsanalyse bestärkt die Vermutung, dass das Wohlstandsniveau eine größere Rolle für die Wahrnehmung gesellschaftlicher Ungleichheit spielt, als die tatsächliche relative Einkommensungleichheit.

VERMÖGENSUNGLEICHHEIT ALS MÖGLICHE ERKLÄRUNG?

Die bisherigen Auswertungen fokussieren vorrangig auf die Einkommensverteilung der betrachteten Länder. Auf den ersten Blick könnte die vergleichsweise hohe Ungleichverteilung der Nettovermögen in Deutschland eine Erklärung für die pessimistische Ungleichheitswahrnehmung sein. Allerdings zeigen die Vermögensdaten des Credit Suisse Global Wealth Databook regelmäßig, dass die Vermögensungleichheit in den USA – und ebenfalls in den skandinavischen Ländern Schweden und Dänemark – noch höher ausfällt als in der Bundesrepublik. Gleichzeitig sind viele osteuropäische Länder durch eine vergleichsweise geringe Vermögensungleichheit gekennzeichnet. Insgesamt zeigt sich somit zwischen der Ungleichheit der wahrgenommenen Gesellschaftsform und der Höhe der Vermögensungleichheit sogar eher die Tendenz eines umgekehrten Zusammenhangs: je höher die gemessene Ungleichheit der Nettovermögen, desto gleicher der wahrgenommene Gesellschaftstyp (Niehues 2016). Eine naheliegende Erklärung kann darin liegen, dass die Vermögensungleichheit im europäischen Vergleich tendenziell in den Ländern besonders ausgeprägt ist, die über eine umfangreiche wohlfahrtsstaatliche Absicherung verfügen: Bei hoher staatlicher Sicherung fallen die Anreize zur privaten Absicherung geringer aus, gleichzeitig erschweren hohe Abgaben in der Mittelschicht den Vermögensaufbau. Vermögensungleichheit und Einkommensungleichheit gehen somit keineswegs Hand in Hand: Ähnlich wie in Skandinavien ist in Deutschland

Abb. 2
Kaufkraftbereinigte Einkommensverteilung

Bevölkerungsanteil in %, Einkommen des Jahres 2014



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft (2018) auf Basis EU-SILC (https://www.iwkoeln.de/_extendedmedia_resources/367275/index.html).

die Einkommensungleichheit unterdurchschnittlich, die staatliche Absicherung hingegen sehr hoch – und die Vermögen eher ungleich verteilt. Die Wahrnehmung der Gesellschaftsform fällt in Deutschland aber trotzdem sehr viel pessimistischer als in den skandinavischen Staaten aus.

SUBJEKTIVE SCHICHTEINORDNUNG

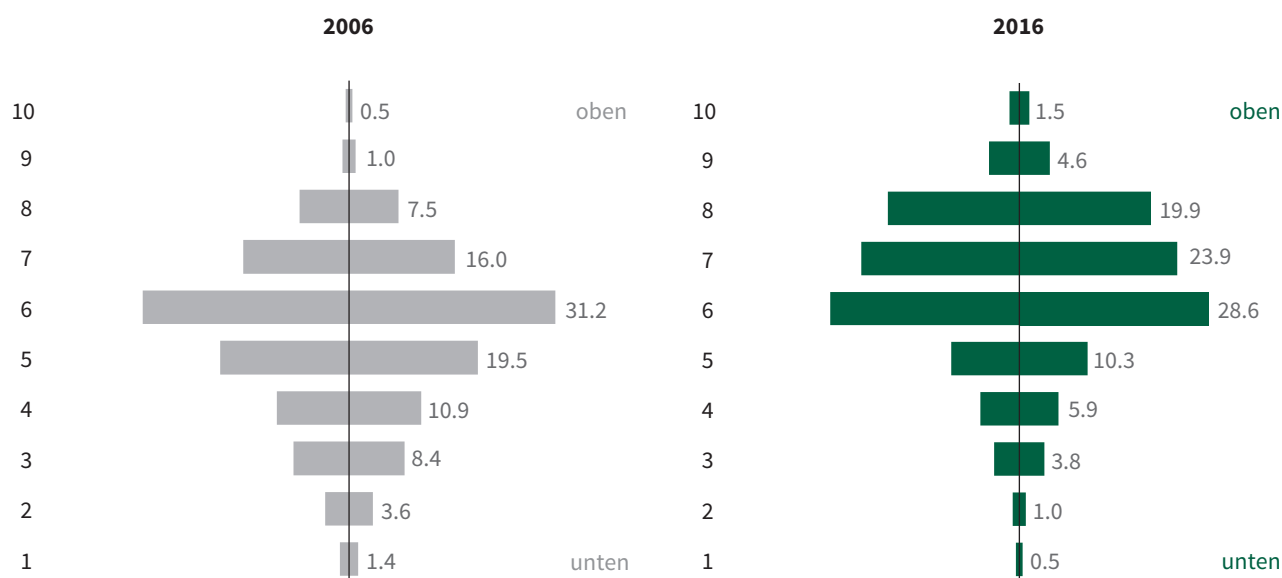
Ein anderes Konzept im Bereich der Ungleichheitswahrnehmung bezieht sich auf die subjektive Einordnung in die Gesellschaft, um internationale Umverteilungspräferenzen zu erklären (Engelhardt und Wagener 2014). In der entsprechenden ISSP-Frage sollen sich die Befragten auf einer zehnstufigen Skala von 0 (unterste soziale Schicht) bis 10 (oberste soziale Schicht) einordnen. In Europa wie auch den USA zeigt sich: Die meisten Menschen ordnen sich in die mittleren Schichten ein – relativ unabhängig von der tatsächlichen Einkommensposition der Befragten. In der Tendenz überschätzen Befragte mit geringem Einkommen ihre soziale Position in der Gesellschaft, bei hohem Einkommen verhält es sich umgekehrt (u. a. Engelhardt und Wagener 2017). Zur Einordnung ist ein Blick auf die tatsächliche deutsche Einkommensverteilung interessant. Im Jahr 2015 gehörte ein Alleinstehender mit einem monatlichen

Nettoeinkommen von rund 3 340 Euro zu den einkommensreichsten zehn Prozent in Deutschland. Aufgrund der Ersparnisse aus gemeinsamen Wirtschaften innerhalb eines Haushalts zählt ein Paar ohne Kinder ab einem gemeinsamen Nettoeinkommen von etwas mehr als 5 000 Euro netto monatlich zu den „oberen 10 Prozent“. Bei Akademiker-Paaren ohne Kinder, oder wenn die Kinder bereits ausgezogen sind, sind die Grenzen schnell erreicht – konfrontiert mit diesen Zahlen herrscht häufig Ungläubigkeit bei den „Betroffenen“. Insbesondere gemäß der Einschätzungen von Gutverdienern selbst liegen die vermuteten Grenzen zum Reichtum deutlich höher.

Mit Blick auf die gerade im Bundestagswahlkampf 2017 stark hervorgehobene Diskussion um die Verunsicherung der deutschen Gesellschaft und insbesondere der Mittelschicht ist auch die zeitliche Entwicklung der subjektiven Schichteinordnung interessant: Gemäß der regelmäßigen Erhebung der ALLBUS fühlen sich immer mehr Bundesbürger subjektiv höheren Schichten zugehörig: Ordneten sich 2006 noch 56 % auf einer Skala von 1 (unterste Schicht) bis 10 (oberste Schicht) mindestens in die fünfte Schicht ein, waren es zehn Jahre später fast 79 % (vgl. Abb. 3). 2016 ordnete sich die Hälfte der Befragten mindestens bei einer 7 ein – eine derart positive Selbsteinschätzung gab es seit Befragungsbeginn nicht.

Abb. 3
Entwicklung der subjektiven Schichteinordnung in Deutschland

So viel Prozent der Befragten haben sich dieser Schicht zugeordnet, wobei 1 für ganz unten und 10 für ganz oben steht



Quelle: ALLBUS (repräsentative Befragung von 3 421 Personen im Jahr 2006 und 3 490 Person im Jahr 2016), eigene Berechnungen.

WIDERSPRÜCHLICHE UMVERTEILUNGS-PRÄFERENZEN

Die Befunde zur subjektiven Ungleichheitswahrnehmung und auch zur subjektiven Einordnung in die Gesellschaft deuten darauf hin, dass diese jeweils nur sehr bedingt mit der tatsächlichen Situation zu tun haben. Zwei Forscher aus den USA fassen ihre Ergebnisse aus einer Metastudie zur Ungleichheitswahrnehmung wie folgt zusammen: „People have no idea what inequality actually looks like“ – die jeweils Befragten wissen weder wie hoch die Ungleichheit ist, wie sie sich in den vergangenen Jahren entwickelt hat, noch wo sie sich jeweils in der gesellschaftlichen Verteilung einordnen (Gimpelson und Treisman 2017). Dies könnte auch eine Erklärung dafür sein, warum sich aus dem mehrheitlich geäußerten Wunsch nach stärkerem sozialem Ausgleich kaum Präferenzen für eine faktisch ungleichheitsreduzierende Politik ergeben. Wenn man die Bürger nämlich fragt, durch welche Maßnahmen Deutschland gerechter werden könnte, dann handelt es sich vor allem um Maßnahmen, von der die Mitte der Gesellschaft (und durchaus auch obere Bereiche) profitieren und weniger um Maßnahmen, die mit einer geringeren Ungleichheit einhergehen würden. In einer Befragung von 2 000 Wahlberechtigten zur Zukunft des Wohlfahrtsstaates im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung befanden die Befragten bspw., dass der Wohlfahrtstaat vor allem für die Bereiche Schulen, Pflegeeinrichtungen und Kindertagesstätten deutlich mehr Geld ausgeben solle, eine Ausweitung der Leistungen im Bereich des Arbeitslosengelds und Hartz IV empfanden nur wenige erforderlich. Insofern überrascht es wenig, wenn im Rahmen der Verteilungsdebatte häufig Politiken diskutiert werden, von denen diejenigen im untersten Einkommens-

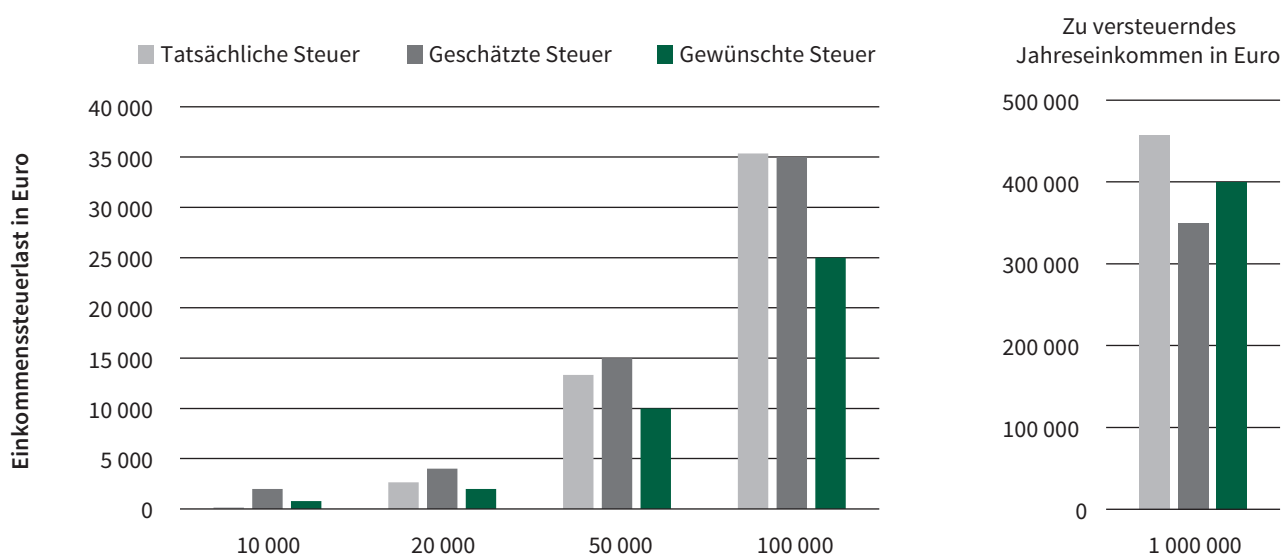
bereich der Gesellschaft kaum profitieren. Gleichzeitig verdeutlicht die Befragung der Friedrich-Ebert-Stiftung den begrenzten Ausgabenspielraum für Verteilungspolitiken, denn es gibt zwar „einerseits den Wunsch nach weiterer Expansion des Wohlfahrtsstaates, andererseits begrenzte und vor allem selektive Akzeptanz höherer Beteiligung bei der Finanzierung“ (Heinrich et al. 2016, S. 7).

Befragungen zur Einschätzung der Belastung durch die Einkommensteuer legen zudem nahe, dass die Belastung bei niedrigen zu versteuernden Einkommen deutlich überschätzt wird, bei sehr hohen Einkommen tendenziell unterschätzt (vgl. Abb. 4).

Darüber hinaus wünschen sich die Befragten – im Median der Antworten – bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 100 000 Euro eine steuerliche Entlastung von 10 000 Euro. Mit Blick auf das resultierende Nettoeinkommen gehört ein Alleinstehender mit entsprechenden Bruttoeinkommen zu den einkommensreichsten 5 % der Gesellschaft. Die in der Befragung ausgedrückten steuertariflichen Präferenzen dürften folglich kaum in einer Reduktion der Ungleichheit resultieren – und aufgrund der gewünschten Entlastung für mindestens 95 % der Gesellschaft darüber hinaus den Ausgabenspielraum deutlich reduzieren. Hinzu kommt noch die Beobachtung aus Survey-Experimenten, dass insbesondere Gutverdiener von ihrem zuvor geäußerten Umverteilungswunsch abweichen, wenn sie erfahren, dass sie selbst zu dessen Finanzierung beitragen müssten (Engelhardt und Wagener 2017). Die Bundesbürger äußern somit zwar mehrheitlich den abstrakten Wunsch, dass die Ungleichheit zwischen Arm und Reich reduziert werden sollte, aus ihren Präferenzen für konkrete Politikänderungen lässt sich dieses jedoch kaum ableiten.

Abb. 4
Vermutete, gewünschte und reale Steuerlastverteilung

Wie hoch ist die Einkommensteuer für eine alleinstehende Person ohne Kinder?



Die Ergebnisse stellen den Median der geschätzten Antworten.

Quelle: ZEIT (22. Februar 2018: Wer zahlen soll) auf Basis einer Umfrage des briq institutes (n>700).

LITERATUR

Burkhardt, Christoph et al. (2013), Mittelschicht unter Druck?, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Gütersloh.

Engelhardt, C. und Wagener, A. (2014), Biased Perceptions of Income Inequality and Redistribution, CESifo Working Paper Series.

Engelhardt, C. und Wagener, A. (2017), What do Germans Think and Know about Income Inequality? A Survey Experiment, Socio-Economic Review, online erstmals veröffentlicht am 20. Oktober 2017.

Fischer, K. und J. Niehues (2016), Der Blick auf die Markteinkommen führt in die Irre, IW-Kurzbericht, Nr. 47, Köln.

Gimpelson, V. und D. Treisman (2017), Misperceiving Inequality, Economics and Politics, online erstmals veröffentlicht am 17. November 2017.

Hauser, O. und M. Norton (2017), (Mis)perception of Inequality, Current Opinion in Psychology, 18, S. 21–25.

Heinrich, R.; Jochem, S. und N. A. Siegel (2016), Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates – Einstellungen zur Reformpolitik in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Niehues, J. (2014), Subjektive Ungleichheitswahrnehmung und Umverteilungspräferenzen – ein internationaler Vergleich, IW-Trends, 44, Heft 2, S. 1–17.

Niehues, J. (2016), Ungleichheit: Wahrnehmung und Wirklichkeit – ein internationaler Vergleich, Wirtschaftsdienst, 96, S. 13–18.

Schalembier, B. (2015), Measuring Perceived Income Inequality: An Evaluation of Different Methods, Proceedings of the Italian Statistical Society Conference (SIS 2015).

Thomas, T., Diermeier, M.; Goecke, H. und J. Niehues (2018), Einkommensungleichheit, wahrgenommene Ungleichheit und der Einfluss der Medien, Wirtschaftspolitische Blätter, 1/2018, S. 39–64.

1 Ipsos Presse-Information vom 07. Juni 2017, Die Sorgen der Deutschen im Wahljahr 2017, abgerufen unter (<https://www.ipsos.com/de-de/die-sorgen-der-deutschen-im-wahljahr-2017>).

2 Die folgenden Abschnitte fassen wesentliche Ergebnisse von Niehues (2014, 2016) zusammen.

3 Der Online-Studienkatalog ZACAT der GESIS ermöglicht einen unkomplizierten Datenzugang. Die deskriptiven Ergebnisse können daher leicht repliziert werden.

4 Schalembier (2015) argumentiert, dass von drei in der Literatur verwendeten Messkonzepten zur „Ungleichheitswahrnehmung“ nur eines (welches auch hier verwendet wird) tatsächlich misst, wie die Ungleichheit in der Gesellschaft eingeschätzt wird. Die anderen beiden Methoden messen entweder die Einschätzung der eigenen Position in der Gesellschaft oder die Einschätzung der Fairness der Verteilungssituation.